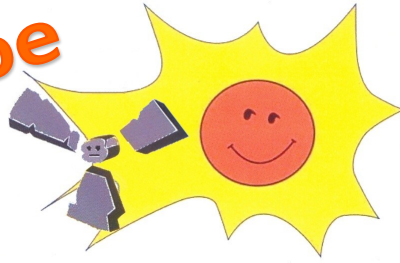


Atomkraftfrei Zukunft Jubiläum



2/2021 Juni

So also soll „Umweltverträglichkeit“ aussehen!?!?

Taxonomie

Wir können so nicht weitermachen – durch menschliches Handeln verändert sich das Klima dramatisch, Lebensraum für Pflanzen und Tiere schrumpft, Arten sterben aus – und möglicherweise sind ganz generell unsere Lebensgrundlagen in Gefahr: Nun wurde in der EU die sogenannte „Taxonomie-Verordnung“, verkürzt Taxonomie (Einteilung) genannt, beschlossen, um wirtschaftliche Tätigkeiten nach ihrer ökologischen Nachhaltigkeit einzuordnen und damit Investoren einheitliche Regeln zu bieten: Was ist förder- und investitionswürdig, was nicht, welche Arten von wirtschaftlicher Tätigkeit tun unserem Planeten gut oder schaden ihm zumindest langfristig nicht?

Dazu ließ die EU-Kommission eine hochrangige Expertengruppe den sogenannten TEG-Bericht ausarbeiten. Dieser betrachtete zum Beispiel die Erzeugung von Energie. Selbstverständlich gehören alle Arten von Energie-Erzeugung auf Basis fossiler Rohstoffe (Erdöl, Kohle, Erdgas) nicht zu den nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten. Zu den förderwürdigen Technologien gehören die Erneuerbaren: Wind- und Sonnenenergie, Wärme und Strom aus Biomasse etc. Atom wurde vor allem aufgrund des ungelösten Atommüllproblems nicht aufgenommen. Die Industrie und bestimmte Mitgliedstaaten erzwangen eine Neubetrachtung: **Die EU hat ihre „Gemeinsame Forschungsstelle“ (GFS) mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt, das prompt versucht, Atomkraft „grünzuschreiben“. Die Argumente dafür sind irreführend bis schlichtweg falsch. Hier ein paar davon:**

- Atomenergie wird immer sicherer! Laut GFS-Gutachten würden praktisch nur mehr Generation-III-Reaktoren gebaut und kommissioniert, und die seien ja die sichersten:
Tatsache ist, dass sogar noch Reaktoren einer sehr alten Bauart der zweiten Generation (z.B. VVER 440/213) in Betrieb gehen sollen (!), z.B. Mochovce 3 und 4 in der Slowakei. Die meisten der jetzt laufenden Reaktoren sind Generation-II-Reaktoren, und das seit 30-40 Jahren, und sie werden weiter betrieben, obwohl sie nur für 30 Jahre Betriebsdauer ausgelegt sind.
- Das GFS-Gutachten betont die Wichtigkeit einer verlässlichen staatlichen Infrastruktur, um die Si-



Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

cherheit von Menschen und Umwelt zu gewährleisten:

Tatsache ist, dass nationale Atomaufsichtsbehörden die Empfehlungen im Gefolge der Stresstests verschoben haben. In Frankreich z.B. wurde der „hardened core“ für alle französischen AKWs beschlossen. Bis heute wurde kein einziger „hardened core“ implementiert.

- Das GFS-Gutachten behauptet, dass mit verfügbarer Technologie und mit vertretbaren Kosten ausreichende Maßnahmen gegen einen schweren Unfall oder für Schadensbegrenzung ergriffen werden könnten: **Tatsache ist, dass, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, die Kosten und Folgen der Katastrophe von Fukushima unermesslich sind und weit davon entfernt, zu vernünftigen Kosten bewältigt zu werden.**

www.global2000.at/sites/global/files/Hintergrundpapier%20Joint%20Research%20Centre%20-%20GLOBAL%202000%20Reality%20Check.pdf

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=uriserv:OJ.L .2020.198.01.0013.01.DEU>

Langversion dieses Artikels auf unserer Website:
www.atomkraftfreiezukunft.at/zeitung.php

Atommüll – die Geschichte ohne Ende...

„Siebzig Jahre nach Beginn des Atomzeitalters hat noch kein Land der Welt eine wirkliche Lösung für die strahlenden Hinterlassenschaften der Atomkraft gefunden“, so Rebecca Harms, Initiatorin des „The World Nuclear Waste Report 2019“. Im Rahmen der Klimadebatte wird das Thema Atomkraft innerhalb der EU-Staaten kontrovers diskutiert. Den jungen AktivistInnen der Fridays-for-Future-Bewegung empfiehlt Harms, ihren Blick zu weiten, nicht nur die Treibhausgase gehören reduziert, auch der riesige Berg von Atommüll sollte wegen seiner immensen und nicht gelösten Probleme nicht noch größer werden.

60.000 Tonnen hoch radioaktiver Müll wird derzeit in Europa zwischengelagert, mittel und schwach

radioaktiver Müll nicht eingerechnet! Auch Österreich hat noch keine Lösung für das strahlende Material aus Medizin, Industrie und Forschung.

Finnland ist das einzige Land der Erde, das schon jetzt ein Tunnelsystem 450 Meter unter der Erde in den Granit sprengt; frühestens in drei Jahren kann eingelagert werden. Frankreich und Schweden haben immerhin schon einen Ort bestimmt. Deutschland will bis 2050, die Schweiz bis 2060 und Tschechien bis 2065 ein Endlager in Betrieb nehmen, sie haben aber noch keinen Standort gefunden. In allen anderen EU-Staaten mit Atomkraftwerken gibt es nicht einmal Pläne dazu. **Die bereits übervollen Zwischenlager waren nie für langfristige Lagerungen geplant, und das bedeutet ein besonders hohes und noch wachsendes Risiko.** (Kurier, 6. 2. 2021)

35 Jahre Tschernobyl – 35 Jahre Wiener Plattform Atomkraftfrei

Unser Verein wurde als Folge der verheerenden Atomkatastrophe 1986 in Tschernobyl gegründet. Den atomaren Wahnsinn zu stoppen, das war und ist unser Ziel.

Welcher vernünftige Mensch hätte sich träumen lassen, dass nach einer weiteren riesigen Katastrophe vor mittlerweile 10 Jahren in Fukushima der Großteil der Welt noch immer vom atomaren Füllhorn schwärmt, dass er fähig ist, die realen Verwüstungen zu verdrängen und die zahllosen Opfer damit verhöhnt! .

Der Jahrestag von Tschernobyl bedeutet also für die Wiener Plattform Atomkraftfrei das wichtigste Datum im Jahr – vor allem heuer, handelt es sich doch um ein halbrundes Jubiläum.

Unsere Kundgebung war für den 23. April geplant, fiel pandemiebedingt ins Wasser und am 28. Mai ist der Ersatztermin.

Atomkraft ist echt kein Klimaretter!

Wir lassen uns nicht abhalten, weiterhin auf die Verantwortungslosigkeit der Atomlobby hinzuweisen! Wir wollen jeden Zweifler aufklären, dass Atomkraft niemals klimaschonend war, ist, oder je sein kann!

Das einzig Nachhaltige ist der Atommüll - der strahlt 250 000 Jahre, oder 8000 Generationen!

Atomkraft ist dreckig, und dieser Dreck ist unbezahlbar teuer: Atomdreck kostet nicht weniger als den Lebensraum aller für alle Zeit.

WPA geht online: ÖNA-Konferenz

Am 19. 2. fand eine virtuelle Konferenz des Österreichischen Netzwerks Atomkraftfrei (ÖNA) statt. Die Vertreterinnen und Vertreter von acht österreichischen Antiatom-Gruppen nahmen am Bildschirm Platz. Worum ging es?

- **Das wichtigste Thema: Mochovce 3 darf nicht in Betrieb gehen!** Mit diesem Appell und den dementsprechenden Fakten wurde ein gemeinsamer Brief an die gesamte Bundesregierung verfasst. (s. auch den Beitrag „Kriminalfall Mochovce“ in dieser Zeitungsausgabe)
- **Ein Dauerbrenner: Wie können junge Menschen für die Antiatom-Arbeit gewonnen werden?** Kann dabei die Analyse unserer persönlichen Geschichte - wie wir selbst zur Antiatom-Arbeit gekommen sind - helfen? Was motiviert uns, die wir uns bis heute gegen die Atomkraft engagieren? Vielleicht war es gar nicht nur Tschernobyl, das uns Angst gemacht hat. Mit der Zwentendorf-Bewegung

haben wir Älteren Demokratie erlebt – und es war eine Lust, ihre Kraft zu spüren. Welchen demokratischen Ansatz bietet die derzeitige Atomgegnerschaft der heutigen Jugend? Ist Atomwirtschaft mit Demokratie vereinbar? Welcher Diskurs wäre mit den Jungen hier zu führen?

- **Sehr aktuell: Die Laufzeitverlängerung des AKW Krško/Slowenien um weitere 20 Jahre wird einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen.** Diese soll noch im ersten Halbjahr 2021 starten. Da die UVP keine bloße Formsache sein darf, bringt sich Österreich mit kritischen Fragestellungen (Erdbebengefährdung neu berechnen?) und Studien (Erneuerbare Energie als Ersatz für Krško-Atomstrom?) ein.

Obwohl die Sitzung nur online stattfand, war sie sehr produktiv. Der Austausch über die gemeinsamen Anliegen stärkt und motiviert!

Unterschriftenübergabe an die Umweltministerin

Am 10. Mai 2021 konnte die Wiener Plattform endlich wieder 3000 Unterschriften von besorgten Bürgerinnen und Bürgern an eine wichtige Politikerin übergeben.

Die Umweltministerin Leonore Gewessler und ihre Mitarbeiterin für Energie und Klima Antonia Reininger empfingen die Wiener Plattform zu einem Gespräch. **In einer sehr angenehmen und wertschätzenden Atmosphäre wurden wichtige Themen angesprochen, wie der Euratomvertrag, die Taxonomieverordnung, Endlagermöglichkeiten für den österreichischen Atommüll und die Situation in den AKWs rund um Österreich.** Mit der Einrichtung eines Entsorgungsbeirates und eines Faktenchecks wurden vom Umweltministerium entscheidende Schritte für eine Weiterentwicklung einer guten Umweltpolitik in Öster-



Foto: BMK/Cajetan Perwein

reich angekündigt. Dadurch möge Österreich auch zu einem Vorbild in der EU werden!

Wir sind sehr froh, eine in unseren Anliegen so engagierte Umweltministerin zu haben!

Atomwaffen-Verbotsvertrag

Am 22. Jänner 2021 ist der von Österreich mitinitiierte Atomwaffen-Verbotsvertrag in Kraft getreten. Ratifiziert haben ihn bisher 52 Staaten, aber kein einziger, der Atomwaffen besitzt. 122 Staaten haben 2017 am Ende der UN-Verhandlungen für den Vertragstext gestimmt, 84 haben unterzeichnet; mit jedem weiteren unterzeichnenden Staat erhöht sich der Druck auf die Atommächte: Zwei Drittel aller Staaten der Welt stehen hinter dem Verbot, das ist eine klare Mehrheit.

Nicht nur der Einsatz von Atomwaffen wird im Vertrag verboten, sondern auch die Entwicklung, der

Bau, der Transport und jeder andere Beitrag sind untersagt. Sie bekommen damit denselben rechtlichen Verbotstatus wie chemische und biologische Waffen, die auch erst nach dem Verbot vernichtet wurden.

In der EU wurde der Vertrag nur von Österreich, Irland und Malta unterzeichnet. Schweden und die Schweiz, zwei neutrale Staaten, haben die Unterzeichnung erwogen, nach Expertenprüfung aber profilieren sie sich lieber, ebenso wie Finnland, durch Engagement in einer den Frieden fördernden Sicherheitspolitik. (Die Presse, Nov. 2020; Wiener Zeitung, 6./7. 2. 2021)

Hochriskant: die oberirdische Zwischenlagerung radioaktiver „Abfälle“

Auch wenn die Suche nach einem Atommüll-Endlager (nach 60 Jahren Atomenergienutzung!) angelaufen ist, so wird es wohl noch Jahrzehnte dauern, bis der Atommüll dorthin gebracht werden kann.

Die Genehmigungen für die Behälter in den Zwischenlagern, in denen sich der hochradioaktive Abfall jetzt befindet, laufen z.B. in Deutschland zwischen 2034 und 2047 aus. Das bedeutet: Eine Verlängerung der oberirdischen Lagerung wird notwendig. Die deutsche Gesellschaft für Reaktorsicherheit hat dazu eine Studie veröffentlicht, in der sie versucht, per Simulation zu berechnen, wie sich die Behälter und die abgebrannten Brennstäbe entwickeln werden, wenn sie erheblich länger der hohen Strahlung, dem enormen Druck und der großen Wärme ausgesetzt

sind. **Braucht es dazu nicht auch reale Untersuchungen, um zu schauen, was jetzt in den Behältern los ist, sollten nicht alle Bauteile und Brennelemente untersucht werden? Dazu bräuchte es sogenannte Heiße Zellen, die es in Deutschland aber nicht gibt.**

Nicht nur die Behälter und ihr Inhalt, sondern auch die Gebäude selbst stellen angesichts wachsender Terrorgefahr und auch Alterungsprozessen ein großes Risiko dar. Ein neues Sicherheitskonzept wäre wohl dringend erforderlich, wenn sich die Lagerzeit von den genehmigten 40 Jahren nun auf 100 Jahre verlängert. (umweltfairaendern.de, 7. 4. 21)

Mit vereinten Kräften gegen Atomkraft

Unser erster Gesprächstermin beim Wiener Umweltstadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky brachte einen informativen Austausch zu einer Reihe von wichtigen Themen:

- Mochovce 3 wird in den nächsten Tagen die Betriebsgenehmigung erhalten, unsere Regierung ist in der Pflicht, sich vehement gegen eine Inbetriebnahme und für eine neue UVP einzusetzen, wie im Regierungsprogramm angekündigt!
- Die UVP zur Laufzeitverlängerung des AKWs Krško wird bald beginnen, Wien wird sich daran beteiligen.
- SR Czernohorszky hebt die gute Zusammenarbeit mit den UmweltlandesrätInnen hervor. Wir betonen, wie wichtig es ist, dass die gut formulierten Beschlüsse der LURK (LandesumwelterferentInnen-Konferenz) von unserer Regierung auch umgesetzt werden.
- Das von Stadträtin Ulli Sima initiierte Städtebündnis CNFE (Cities for a Nuclear Free Europe) wird weitergeführt, SR Czernohorszky ist Präsident des Bündnisses, das mittlerweile 33 Städte mit ca. 14 Mio. Einwohnern umfasst.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender von CNFE hat er an Kommissionspräsidentin von der Leyen und Vize-Präsidenten Timmermans



Foto: Büro Czernohorszky

Briefe geschrieben. Er fordert darin ein Ende der Förderungen für Atomkraft, die nichts zur Rettung des Klimas beitragen könne.

Fazit: Ein sehr gutes Gespräch, SR Czernohorszky zeigt großes Interesse an unserer Arbeit und sagt uns Unterstützung zu. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!

Deutsche Doppelmoral in Atomfragen

Ende 2022 werden zwar in der Bundesrepublik Deutschland die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet, deutsche Firmen beliefern aber weiterhin weltweit Atomanlagen – mit teils erheblichen Sicherheitsmängeln – mit Uran und Brennstoff. AtomkraftgegnerInnen aus dem Emsland, dem Wendland und dem Münsterland protestieren: Deutschland versorgt sogar Pannen-Meiler direkt an seinen Grenzen in Belgien, Frankreich oder der Schweiz mit Brennelementen und nimmt somit das Risiko eines Atomunfalls in Mitteleuropa in Kauf. **Nach den Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima (um nur die schlimmsten weltweit bekannten mit den tragischen Folgen zu nennen) muss die Bundesregierung aufhören, den eigenen Atomausstieg zu unterlaufen, sie muss die deutschen**

Atomfabriken endlich schließen und sich in Europa ernsthaft für eine Beendigung der Förderung von Atomkraft einsetzen. Das sind die Forderungen der AtomkraftgegnerInnen, die im Jänner 2021 bei der Staatsanwaltschaft Osnabrück Strafanzeige gegen den Brennelementehersteller Framatome und seine Lingener Tochter ANF gestellt haben. Es besteht der dringende Verdacht des unerlaubten Umgangs (der Ausfuhr) mit radioaktiven Stoffen. Die Anzeige des „Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) richtet sich auch gegen den Präsidenten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in Eschborn.

(<https://taz.de/Brennelemente-von-Lingen-nach-Doel!/5743479/>; <https://taz.de/Umstrittene-Exporte-aus-Lingen!/5741985&s=Brennelemente/> abger. am 28. 4. 21)

Energie-Effizienz

Im April fand ein Branchenkongress von österreichischen Energie-Erzeugern statt, bei dem Energie-Effizienz eines der Themen war. Österreichs Performance bei der Erfüllung der Vorgaben der EU ist nicht gut genug. Das für die Umsetzung notwendige Gesetz ist noch nicht einmal in der Begutachtungsphase. Zu viele unterschiedliche Interessen verhindern rasche Fortschritte.

Auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist noch nicht beschlossen. Dafür braucht es eine Zweidrittel-

Mehrheit, und dafür muss noch verhandelt werden. Der Föderalismus und eine Bürokratie mit langen Genehmigungsprozessen werden als weitere Gründe für die Nichterfüllung der Klimaziele genannt.

Es entsteht der Eindruck, dass es bei uns andere Entscheidungsstrukturen bräuchte, damit rasch die dringend notwendigen Einsparungen zur Rettung unserer Lebensgrundlagen beschlossen und implementiert werden können. Täuscht dieser Eindruck? (Der Standard, 22. 4. 21)

Spendenprojekt: Diabetikerschulung



Auszug aus dem Brief von Irina Popiagina aus Weißrussland:

„...Unsere gute Neuigkeit ist die Nachricht, dass wir unser Diabetesprojekt weiterhin durchführen können. Da unser Hauptprogramm „Kindererholung im Ausland“ gestoppt ist, beschäftigen wir uns jetzt hauptsächlich mit dem Diabetesprojekt.“

Die Covid-Bestimmungen erfordern natürlich mehr an Vorbereitungsarbeit, aber wir freuen uns riesig, dass die Schulungen stattfinden können. Außerdem sind die Diabetes-Schulungen im Moment praktisch das Einzige, was uns hilft, uns über Wasser zu halten.

So haben wir während der Frühlingsferien (die letzte Märzwoche bis Anfang April) die Diabetesschulung für 16 Kinder durchgeführt. Die Schulung ist gut verlaufen. Für Ende Mai planen wir noch eine Schulung, diesmal für Eltern von Kindern bis 12 Jahren. Dieser Termin ist aber noch nicht sicher, weil sich die dritte Covid-Welle gerade stark verbreitet. Wir hoffen darauf ...

Euch sagen wir einen riesigen Dank für Eure langjährige und treue Unterstützung unseres Diabetesprojektes und Euer menschliches Mitgefühl!!!

Sonst gibt es nicht viele positive Nachrichten. Sehr viele Menschen waren oder sind krank. Die Grenzen für die Reisenden sind mit wenigen Ausnahmen geschlossen ... Wir warten und hoffen, dass die Welt doch bald (?) wieder zur Normalität kommen kann. Herzliche Grüße, Irina“

Helfen Sie bitte mit, dass diese lebenswichtige Schulung trotz Covid stattfinden kann!

Spendenkonto: BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985,
Kennwort „Leben mit Diabetes“

23 Reaktoren seit 2015 verlängert statt abgeschaltet!

Land	Name	Block	Inbetriebnahme	geplante Abschaltung	verlängert bis
Belgien	Doel	1	28.08.1974	2015	2025
	Doel	2	21.08.1975	2015	2025
	Tihange	1	07.03.1975	2015	2025
Bulgarien	Kosloduj	5	29.11.1987	14.08.2018	2027
Frankreich	Bugey	2	10.05.1978	15.03.2019	2029
	Bugey	3	21.09.1978	15.03.2019	2029
	Bugey	4	08.03.1979	15.01.2020	2029
	Bugey	5	31.07.1979	15.01.2020	2030
	Dampierre	1	23.03.1980	15.09.2020	2030
	Dampierre	2	10.12.1980	15.02.2021	2030
	Dampierre	3	30.01.1981	14.05.2021	2031
	Gravelines	1	13.03.1980	15.12.2020	2028
	Gravelines	2	26.08.1980	15.12.2020	2028
	Tricastin	1	31.05.1980	15.12.2020	2030
	Tricastin	2	07.08.1980	15.12.2020	2030
	Tricastin	3	10.02.1981	14.05.2021	2031
Russland	Kola	1	29.06.1973	2018	2033
	Kola	2	09.12.1974	2020	2034
	Nowoworonesch	4	28.12.1972	2017	2032
Schweiz	Beznau	1	17.07.1969	2019	2029
	Beznau	2	23.10.1971	2022	2031
Ukraine	Khmelnitsky	1	31.12.1987	15.08.2018	--- *
	Rovno	3	21.12.1986	2017	--- *

Geschätzte Leserin, lieber Leser, Sie bekommen unsere Zeitung viermal kostenlos zugeschickt; wir hoffen, dass Sie diese weiter erhalten wollen, darum ersuchen wir Sie, uns für das laufende Jahr € 15.- (vier Ausgaben) zu überweisen! BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985.

Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben.

Unsere E-Mail-Adresse: atomkraftfreiezukunft@gmx.at

Besuchen Sie unsere Websites:

www.atomkraftfreiezukunft.at und www.donauregion-atomkraftfrei.at

* Laufzeit auf unbefristete Zeit verlängert

Aufruf zur Mitarbeit

Schon mit zwei Stunden pro Monat wäre uns sehr geholfen! Zum Beispiel beim Zeitungsversand! Du tust es für Dich! Wir tun es für uns alle! Nur dagegen sein ändert leider nichts! Handeln ist gefragt!

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungsausgabe werden unterstützt von der Wiener Umwelthanwaltschaft.

Kriminalfall Mochovce 3: Inbetriebnahme könnte unmittelbar bevorstehen!

Obwohl noch zahlreiche Sicherheitsmängel bestehen und Ermittlungen zu gefälschten Sicherheitszertifikaten nicht abgeschlossen sind, hat die slowakische Atomaufsichtsbehörde (UJD) die Erlaubnis für die Inbetriebnahme von Mochovce 3 erteilt. Es ist also zu befürchten, dass der Reaktor in unmittelbarer Zukunft in Betrieb geht. GLOBAL 2000 wird Rechtsmittel dagegen einlegen, um die Kernbrennstoff-Beladung zu stoppen. Entsprechend dem Regierungsprogramm wird sich die Bundesregierung „entschieden und mit Vehemenz gegen die Inbetriebnahme der slowakischen Reaktoren Mochovce 3 und 4 und für eine erneute UVP“ einsetzen. (alle Medien, 14. 5. 2021)

Chaos beim Ausbau des AKW Dukovany

Der Beauftragte für Atomangelegenheiten, Jaroslav Mil, wurde, nachdem er das Ausschreibungsverfahren über die Vergabe der Baufirma kritisiert hatte, seiner Funktion enthoben. Er verfüge als Person nicht über die benötigten Sicherheitsfreigaben, so die Erklärung aus dem tschechischen Industrieministerium. Der öö. Umweltlandesrat Kaineder: „Das Chaos in Tschechien um den geplanten AKW-Ausbau hat einen neuen Höhepunkt erreicht und zeigt eine weitere negative Seite der mächtigen, undemokratischen Atom-Technologie auf: Sicherheitsbedenken über die Auswahl der Baufirma. Mit der Entscheidung über einen neuen Reaktorblock gerät Tschechien auf die nächsten 100 Jahre erneut in eine enorme Abhängigkeit von Brennstofflieferanten, technischem Know-how und natürlich auch von den vereinbarten Preisgarantien.“ Mit Baukosten von über 6 Mrd. Euro handelt es sich um das größte Investitionsprojekt in der tschechischen Geschichte. Der Zeitplan bleibt aufrecht: Baubeginn 2029, Inbetriebnahme 2036. (oekonews.at, 5. 4. 21)

Breaking News aus Tschernobyl

In einer unzugänglichen Kammer in den Trümmern des Atomkraftwerkes in Tschernobyl steigt die Strahlung wieder stark an. Forscher können einen neuen Unfall nicht ausschließen und überlegen, mit Hilfe von Robotern herauszufinden, wie groß das Problem tatsächlich ist. (futurezone.at, 12.5.2021)

Breaking News aus Fukushima

In den havarierten Atomreaktoren in Fukushima hat das schwere Erdbeben am 13.2.2021 doch mehr Schaden angerichtet, als zunächst berichtet wurde. Durch neue Risse ist der Wasserstand im Inneren schneller gesunken. Um die Kühlung der beim Super-GAU 2011 geschmolzenen Brennelemente zu gewährleisten, muss täglich ein Drittel mehr Wasser in den Reaktor gepumpt werden. (.ausgestrahlt magazin, Ausgabe 51/2021)



Mag.ª Hanna
Nekowitsch,
Sprecherin der
„Wiener
Plattform
Atomkraftfrei“

Online-Konferenzen und ungeheuerliche Erkenntnisse

Redaktion: Die Auswirkungen der Pandemie beeinträchtigen unser aller Leben ganz stark. Wie betreffen sie eure Arbeit als Antiatom-NGO?

Hanna: Natürlich schränkt uns die Pandemie stark ein: Wir können uns nicht zu Sitzungen treffen, keine Unterschriften in der Schottenpassage sammeln, wir haben unsere Tschernobyl-Kundgebung abgesagt und mehrere Politikergespräche mussten aufgrund des Lockdowns verschoben werden.

Red.: Bedeutet das, dass eure Arbeit derzeit ruht bzw. sich auf die Planung beschränkt?

H.: Nein, keineswegs. Wir halten unsere Sitzungen online ab, wir schreiben Briefe an PolitikerInnen und nehmen jetzt auch wieder, unter Einhaltung der geltenden Maßnahmen, persönliche Gesprächstermine wahr.

Red.: Wie ist das mit den Konferenzen und Symposien, die jährlich stattfinden? Wurden sie auch online abgehalten?

H.: Genau so ist es! Um den Tschernobyltag gab es eine Reihe von Veranstaltungen, an denen wir teilgenommen haben: ein Webinar zum Thema EURATOM, ein Seminar zur Taxonomie, die Nuclear Energy Conference und die INRAG-Konferenz (International Nuclear Risk Assessment Group).

Red.: Details würden den Rahmen dieses Interviews sprengen, aber kannst du kurz sagen, worum es dabei ging bzw. was euch am wichtigsten erscheint?

H.: Die drängendsten Themen sind derzeit die Taxonomie-Verordnung der EU, also die Frage, ob Atomkraft als nachhaltig eingestuft und damit weiterhin finanziell gefördert wird, außerdem die Änderung des EURATOM-Vertrages, der die Verbreitung und Förderung der Atomkraft festschreibt, und natürlich geplante Neubauten und Laufzeitverlängerungen.

Red.: Warum hält man immer noch an der Atomkraft fest, obwohl man ja längst weiß, dass sie nicht nur gefährlich, sondern auch völlig unwirtschaftlich ist?

H.: Auch das war in diesen Veranstaltungen ein Thema, und die Antwort ist ungeheuerlich: Der einzige Motor hinter der Atomkraft ist ihre militärische Verwendung. Man hält an AKWs fest, um sich das technische Know-how und die Experten zu sichern für den Atomkrieg. Das macht zunächst sprachlos, aber genau dagegen müssen wir alle unsere Stimme erheben!